

Siebert, Horst

**Article — Digitized Version**

## Die Wohlfahrtsgrenze: Horst Siebert über die Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa

Wirtschaftswoche

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Siebert, Horst (1990) : Die Wohlfahrtsgrenze: Horst Siebert über die Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa, Wirtschaftswoche, ISSN 0042-8582, Verlagsgruppe Handelsblatt, Düsseldorf, Vol. 44, Iss. 51, pp. 38-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1441>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Die Wohlfahrtsgrenze

**W**enn sich die fünf neuen Bundesländer in vier oder fünf Jahren wirtschaftlich Westdeutschland angenähert haben, wird die Oder eine Wohlfahrts- oder Armutsgrenze zwischen Deutschland und Polen sein. Bereits heute besteht ein Gefälle im Bruttosozialprodukt pro Kopf von zehn zu eins zwischen der alten Bundesrepublik (18480 US-Dollar) und Polen (1860 US-Dollar). Auch entlang der Donau zeichnet sich eine solche Armutsgrenze ab.

Da Grenzen in Zukunft nicht mehr mit Maschinenpistolen verteidigt werden können, sind solche Einkommensunterschiede ein starker Anreiz, in das Land mit den besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten zu wandern. Diese Armutswanderungen können sowohl für das aufnehmende als auch für das abgebende Land erhebliche Probleme und Instabilitäten mit sich bringen. Deshalb stellt sich die Frage, wie das Einkommen östlich der Oder gesteigert und damit das Einkommensgefälle verringert werden kann.

Vieles spricht dafür, Einkommensunterschiede nicht dadurch auszugleichen, daß Arbeit wandert, und den Lohn in Osteuropa nicht dadurch zu steigern, daß das Arbeitsangebot dort infolge Abwanderung geringer wird. Der bessere Weg ist, wenn Kapital nach Osteuropa fließt, damit auf diese Weise die Arbeit produktiver wird und deshalb die Löhne zunehmen. Wenn Kapital wandert, können die Menschen bleiben. Voraussetzung für den Kapitalzufluß ist, daß die Reformen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei gelingen.

Neben der Wanderung von Faktoren kann Güterhandel Einkommensunterschiede wie Lohnunterschiede, wenn auch nicht vollständig, nivellieren. Wenn Osteuropa sich auf arbeitsintensive Güter spezialisiert und diese Güter exportiert, wird dort Arbeit verstärkt nachgefragt, und der Lohn steigt. Damit wird der Anreiz zu wandern verringert. Der Export von arbeitsintensiven Gütern wirkt also auf das Lohngefälle wie die Abwanderung von Arbeit.

Da Handel die Einkommensunterschiede für Arbeit verringert, also das Einkommensgefälle abbaut, ist es entscheidend, daß Westeuropa seine Märkte nicht gegen Osteuropa abschottet, sondern sie öffnet. Denn eine Abschottung bedeutet, daß



**Horst Siebert über die Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa**

Polen und andere osteuropäische Länder ihre komparativen Kostenvorteile, auf denen die internationale Arbeitsteilung beruht, nicht ausnutzen können. Eine protektionistische Politik bringt also einen Anreiz zur Armutswanderung mit sich.

Der Zusammenhang zwischen Protektionismus und Armutswanderung ändert die Ausgangsbedingungen der deutschen und damit der europäischen Agrarpolitik grundlegend. Während die europäische Agrarpolitik bisher ihre Überschüsse auf den Weltmärkten zu heruntersubventionierten Dumping-Preisen los wurde, ohne daß die direkten Folgen für Europa sichtbar wurden, gilt dies in Zukunft nicht mehr: Der brasilianische Farmer, dessen Exportchancen durch die europäische Agrarpolitik beschnitten wurden, wird nicht nach Europa auswandern. Bei der ländlichen Bevölkerung Osteuropas wird dies anders sein. Die

Agrarpolitik bekommt die Früchte ihrer Bemühungen in Form der Zuwanderung direkt auf den Tisch. Die Opportunitätskosten der Agrarpolitik werden damit besonders in Deutschland sichtbar.

Wir sollten Möglichkeiten finden, Ländern wie Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei durch Assoziierungen oder andere Formen der Kooperation den Zugang zur Europäischen Gemeinschaft zu öffnen, ähnlich wie die Efta-Länder seit 1973 im Bereich der gewerblichen Wirtschaft durch eine Zollunion mit der Europäischen Gemeinschaft verbunden sind. Eine solche wirtschaftliche Integration ist wichtiger als Transfers.

**D**en europäischen Wirtschaftsraum kann man sich als ein System von Ringen vorstellen: Die EG als ein wirtschaftlich und auch politisch homogener Block, erweitert um den einen oder anderen Efta-Staat wie Österreich, die skandinavischen Länder, dazu eine lose Assoziierung von Ungarn, Polen, ČSFR und eine noch losere Form der Integration mit der UdSSR.

Überdies wäre es günstig, wenn das Einkommen an der Oder nicht abrupt, sondern allmählich nach Osten abfallen würde. Hier empfiehlt sich für Polen, das Konzept freier Wirtschaftszonen entlang der Oder zu verfolgen, in denen ähnlich wie an der mexikanisch-amerikanischen Grenze besondere zoll- und steuermäßige Bedingungen gewährt werden. Auf diese Weise läßt sich entlang der Oder die wirtschaftliche Aktivität stimulieren.

**Professor Dr. Horst Siebert** ist Präsident des Instituts für Weltwirtschaft Kiel.